

Überblick über den Stand der GAP-Verhandlungen

Die Arbeit der Fachausschüsse zur GAP im Europäischen Parlament neigt sich dem Ende zu.

Alle begleitenden Ausschüsse haben ihre Stellungnahmen eingebracht (REGI, DEVE, FEM und ENVI).

Dass der Umweltausschuss eine besondere Position mit mehr Mitspracherechten bei seinen Stellungnahmen zum Strategieplan (1. und 2. Säule) und zu den Änderungen bei der Verordnung zu Marktordnungen einnehmen durfte, war erst nach [langem Hickhack](#) klar.

Dennoch bleibt der Agrarausschuss (AGRI) der federführende Ausschuss. Vorschläge des Umweltausschusses, die bei den Abstimmungen Anfang April nicht in den Bericht des Agrarausschusses einfließen, dürften theoretisch noch einmal bei der Plenarabstimmung eingebracht werden. Diese wird aber vor der Europawahl nicht mehr stattfinden.

Kernpunkte der [Stellungnahme des Umweltausschusses \(ENVI\)](#)

- Die Erzeugung von Biokraftstoffen wurde als Ziel gestrichen.
- Der Schwerpunkt Bodenqualität wurde eingefügt.
- Reduzierung von Pestiziden und
- Eindämmung des Verlusts der Artenvielfalt wurden als Ziel gesetzt. Verbesserte und zusätzliche Indikatoren zur Messung der Zielerreichung sollen sein: Schutz der Böden, mehr lokale Produktion, weniger Pestizide, Bindung von Tierhaltung an die Fläche. Gefordert wurde eine strengere und verbesserte Konditionalität* (diese ersetzt im neuen GAP-Vorschlag die Cross Compliance Regelungen), die für alle Landwirte gilt: Schutz von Dauergrünland, vorgeschriebene Brache von sieben Prozent, mindestens vierjährige Fruchtfolge einschließlich Leguminosen. Mehr Geld soll es für Umwelt und Klima geben: Der Umweltausschuss will die Bindung von mindestens 40 Prozent an Umweltzwecke im Rahmen der ländlichen Entwicklung und mindestens 30 Prozent für ökologische Leistungen.

Die **Abstimmung zu den Strategieplänen (1. und 2. Säule)** im AGRI findet am **2. April** im Landwirtschaftsausschuss statt.

Konditionalität kurz erklärt

Das System der Konditionalität ersetzt das Prinzip Cross Compliance (CC), das bis 2020 umgesetzt wird. Es ist daran geknüpft, dass die Empfänger von Direktzahlungen grundlegende Normen und Gesetze in Bezug auf Umwelt, Klimawandel, öffentliche Gesundheit, Tiergesundheit, Pflanzengesundheit und Tierschutz einhalten. Die grundlegenden Normen umfassen eine Liste von Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) und Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) in gestraffter Form, die aber nur teilweise verpflichtend sind. Viele Auflagen wurden 1:1 aus der alten Cross Compliance übernommen, so zB. der Verweis auf die Naturschutzrichtlinien, die Nitratrichtlinie, die Richtlinie zur Vermarktung von Pflanzenschutzprodukten, den Bodenschutz oder die Pflicht bei der Bewirtschaftung Abstände zu Gewässern zu halten. Mit Teilen der Wasserrahmenrichtlinie wurde ein neues Element zu den Grundanforderungen hinzugenommen, welches die Grünen schon bei der letzten Agrarreform in CC verankert haben wollten.

Verhandlungsstand im Agrarausschuss (AGRI)

Die konservative Mehrheit im Agrarausschuss, unterstützt von den Liberalen, ignoriert völlig die Willensbekundung der Europäischen Zivilgesellschaft, die GAP auf mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz sowie den dringend notwendigen Schutz der Biodiversität auszurichten, die in der Konsultation zur GAP vom Juli 2017¹ formuliert wurden. Die Mehrheit der Abgeordneten negiert so auch die faktisch gegebenen Herausforderungen zu Klima- und Umweltschutz, die auch die Landwirtschaft massiv betreffen und zur Anpassung zwingen. Die Berichterstatterin der EVP hat eine Reihe völlig inakzeptabler Vorschläge unterbreitet. Wir haben uns bemüht, zusammen mit den Linken im Parlament, alternative Kompromiss vorzulegen, doch die konservative Mehrheit ist zusammen mit den Liberalen so gut wie gar nicht zu Kompromissen bereit.

Die „Kompromiss“-Vorschläge der EVP

- sehr hohe, nicht verpflichtende Obergrenze für die Direktzahlungen (Kappung) mit vielen Ausnahmen und Ausschluss der kleinsten Landwirte vom Zugang zu GAP-Subventionen,
- starker Widerstand gegen eine gerechtere EU-weite Angleichung der GAP-Mittel,
- ein sehr niedriges Budget für Eco-schemes (freiwillige ökologische Zusatzleistungen) von 20%. Dabei sieht der Vorschlag darüber hinaus vor, dass die Mitgliedstaaten entscheiden können, nur in „wenigen benachteiligten Regionen“ die Maßnahmen überhaupt anzuwenden. Intensive Landwirtschaft muss gar keine Umweltleistungen vorweisen.
- erhebliche Schwächung vieler Elemente der Konditionalität (Ersatz von „Cross Compliance“= verbindliche Mindestanforderung für den Erhalt von Direktzahlungen), die sich auf den Klimaschutz auswirken, wie beispielsweise die Erhaltung von Dauergrünland (erst nach 7, statt nach 5 Jahren), Einsatz von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen soll möglich sein, kein Mindestanteil an ökologischen Vorrangflächen anbelangt.
- mindestens 60% der Zahlungen sollen auch in Zukunft rein hektarbasiert unqualifiziert erfolgen. Diese Positionen stehen nicht nur im Widerspruch zu den Forderungen der EU-Zivilgesellschaft in Bezug auf Umwelt- und insbesondere Klimaprobleme, wie auch die jüngsten EU-weiten Demonstrationen deutlich gemacht haben, sie würden die neue GAP in diesen Fragen sogar noch schwächer machen als die derzeitige es ohnehin schon ist.
- Vorschlag, nicht nur die Finanzierung der Absatzförderung (für den Export von Produkten, für die keine Hektarzahlungen vorgesehen sind), aufrechtzuerhalten, sondern sogar den prozentualen Anteil der Förderung zu erhöhen, die durch die GAP erstattet werden können.

(Beispielsweise haben die Champagner-Marken Mumm und Perrier Jouët (beide zum selben multinationalen Unternehmen Pernod Ricard gehörend) in 2016 insgesamt 6,1 Millionen Euro an öffentlichen Geldern zur Absatzförderung erhalten. Dadurch werden Mittel in enormer Höhe ohne jegliche Qualifizierung an gesellschaftliche Leistungen an einzelne Konzerne vergeben.)

Wir Grüne / EFA lehnen nicht nur diese rückständige und völlig ignorante Positionierung ab, sondern sind schockiert darüber, dass sich im Parlament kaum Widerstand dagegen regt!

¹ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1939_de.htm

Der Rat

Der Rat gibt sich bisher völlig richtungslos und zieht sich darauf zurück, vor eine Entscheidung über den Finanzrahmen, nichts entscheiden zu wollen. Deutschland macht dabei keine Ausnahme und verteidigt unambitioniert und ohne Vision für eine fortschrittliche Agrarpolitik allerhöchstens den Staus Quo.

Wesentlichen Positionen der grünen Fraktion:

Grundsätzlich lehnt die Grüne Fraktion das Konstrukt im Vorschlag der Kommission ab, alle wesentlichen Entscheidungen den Mitgliedstaaten zu überlassen. Das ist faktisch eine Renationalisierung und schafft in letzter Konsequenz die „gemeinsame“ Agrarpolitik ab.

- Wir Grüne fordern einen radikalen, stufenweisen Umbau der Zahlungen und deren verbindliche Bindung an Umweltleistungen. Unser Kompromiss für die kommende Plenarabstimmung sieht vor, dass mindestens 30% der Leistungen für das Basiseinkommen an Umweltleistungen gekoppelt werden müssen.
- Wir fordern eine genaue Definition der Eco-Schemes: Mit Ausweitung auf Schutz der Biodiversität, artgerechte und extensive Tierhaltung und nachhaltigen Fruchtfolgen. Festschreibung des Ökolandbaus als aktueller best-practice Standard.
- Verbindliche Festlegung von starken ökologischen Kriterien für die Konditionalität.
- Kappung der Direktzahlungen (Mit Ausnahme der Eco-schemes), in unserem Kompromiss ab 60.000 € bei bestehender Möglichkeit, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anzurechnen.
- Schaffung transparenter Umverteilungsschlüssel (Definition des eigentlichen Zahlungsempfängers) zugunsten echter Kleinbetriebe.
- Förderung von Kleinbetrieben ab dem 1. Hektar.
- Angleichung der Direktzahlung innerhalb der EU.
- Ausweitung der Förderung für Junglandwirte auf Neueinsteiger.
- Schaffung einer starken zweiten Säule (Stärkung des Ökolandbaus, der ländlicher Räume, von regionalen Wertschöpfungsketten und stabiler Einkünfte).
- Ablehnung des Mitteltransfers von der zweiten in die erste Säule; Fürsprache eines Transfers von der ersten in die zweite Säule.
- Einsatz für ein echtes Risikomanagement, das den Aufbau stabiler, widerstandsfähiger landwirtschaftlicher Ökosysteme fördert, statt öffentlicher Investments in private Risikoversicherungsfonds.

Da während dieser Legislaturperiode keine Abstimmung im Plenum geplant ist, werden die weiteren Verhandlungen in diesem Herbst von den Abgeordneten des neu gewählten Europaparlaments übernommen. Die EU-Bürger haben die so Möglichkeit, ihren Wünschen für eine andere Agrarpolitik mit ihrer Abstimmung im Mai noch einmal deutlich Ausdruck zu verleihen.